

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Dr. Marcel Klinge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/31979 –**

Lage deutscher Unternehmen in Afghanistan

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Afghanistans ist seit 2002 stark gestiegen. Nach Angaben der Weltbank entwickelte sich das Gesamt-BIP von 2002 bis 2012 von 4 Mrd. Dollar auf 20 Mrd. Dollar (<https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=AF&view=chart>). Ein Teil dieses Wachstums geht auf die wirtschaftliche Aufbauhilfe der Bundesregierung zurück. Im Frühjahr des Jahres 2002 organisierte das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit eine Delegationsreise für deutsche Unternehmen nach Afghanistan, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken und die zugesagte Aufbauhilfe von 320 Mio. Euro anzubringen (<https://www.spiegel.de/wirtschaft/afghanistan-reise-deutsche-unternehmen-wollen-in-afghanistan-verdienen-a-181049.html>). Die Aussicht auf einen großen Markt mit hoher Nachfrage weckte großes Interesse in der deutschen Wirtschaft (<https://www.welt.de/print-welt/article370545/Deutsche-Firmen-buhlen-um-Auftraege-in-Afghanistan.html>). Im Jahr 2007 waren nach Verbandsangaben bereits 60 Unternehmen aus Deutschland in Afghanistan aktiv (<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/aussenwirtschaft/afghanistan-kabul-lockt-deutsche-unternehmen/2842396.html&ticket=ST-8364786-MWt5eSN7n0boYNYOMx7-ap5&ticket=ST-8796350-CKVblhFa3JxXKcpDBudj-ap2?ticket=ST-7936147-uqEZ1Ea5EcdoxBrpZlsW-ap6>).

Nach dem Abzug der internationalen Truppen in den vergangenen Wochen, wie zuletzt auch der Bundeswehr am 30. Juni 2021, ist die Lage in Afghanistan erneut eskaliert. Die radikalislamischen Taliban führten eine Offensive gegen die afghanische Regierung und erzielten dabei deutliche Gebietsgewinne. Dabei gelang es den Islamisten Berichten zufolge auch, Grenzposten zu den Nachbarstaaten zu erobern und so Kontrolle über den Handelsfluss mit den Anrainerstaaten zu gewinnen. Nach eigenen Angaben haben die Taliban bereits 85 Prozent des Landes unter ihrer Kontrolle – was allerdings durch die afghanische Regierung dementiert wird (<https://www.spiegel.de/ausland/provinzregierung-und-taliban-vereinbaren-waffenruhe-a-c31a2fd6-f98f-4854-82c3-18aace554fa8>).

1. Liegen der Bundesregierung zu folgenden Kennziffern Daten vor, die über die Publikationen der Bundesbank hinausgehen, angesichts dessen, dass in den Publikationen Afghanistan lediglich als Teil des Sammelbegriffs „Asien“, bzw. unter „andere asiatische Länder“ aufgeführt wird (z. B. <https://www.bundesbank.de/resource/blob/696054/405e5369d62c43893ed0c14e0a4ee0ea/mL/statso10-2007-data.pdf>)?
- a) Wie viele deutsche Unternehmen sind in Afghanistan tätig (bitte in Fünfjahresschritten seit dem Jahr 2001 aufschlüsseln)?

Die Fragen 1 und 1a werden gemeinsam beantwortet.

Es liegen hierzu keine Kenntnisse vor, die Anzahl von Unternehmen in Afghanistan wird nicht statistisch erfasst.

- b) Wie viele Arbeitnehmer beschäftigen deutsche Unternehmen in Afghanistan (bitte in Fünfjahresschritten seit dem Jahr 2001 aufschlüsseln)?

Es liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

- c) Wie hoch ist der Umsatz deutscher Unternehmen in Afghanistan (bitte in Fünfjahresschritten seit dem Jahr 2001 aufschlüsseln)?

Es liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

- d) Wie hoch sind die Direktinvestitionen von Deutschland nach Afghanistan (bitte in Fünfjahresschritten seit dem Jahr 2001 aufschlüsseln)?

Es liegen hierfür keine Werte vor.

- e) Wie hoch sind die Direktinvestitionen von Afghanistan nach Deutschland (bitte in Fünfjahresschritten seit dem Jahr 2001 aufschlüsseln)?

Es liegen hierfür keine Werte vor.

- f) Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Rücküberweisungen aus Deutschland nach Afghanistan (bitte in Fünfjahresschritten seit dem Jahr 2001 aufschlüsseln)?

Es liegen hierfür keine Werte vor.

- g) Wie viele Hermesbürgschaften in welcher Höhe hat die Bundesregierung getätigt (bitte in Fünfjahresschritten seit dem Jahr 2001 aufschlüsseln)?

Im Zeitraum seit 2001 wurden drei Geschäfte in Höhe von insgesamt 22,6 Millionen Euro in Deckung genommen, die bereits alle enthaftet sind.

Afghanistan: Deckungsvolumen seit 2001 (in Mio. EUR)

| Jahr | Gesamt | Anzahl der gedeckten Geschäfte |
|-------------------|--------|--------------------------------|
| 2001 - 2005 | 16,6 | 1 |
| 2006 - 2010 | 4,0 | 1 |
| 2011 - 2015 | 2,0 | 1 |
| 2016 - 2020 | 0,0 | 0 |
| 2021 (per 31.07.) | 0,0 | 0 |

2. Wie bewertet die Bundesregierung den Einfluss der internationalen Truppen und ihrer Wertschöpfung auf die afghanische Volkswirtschaft und deutsche Unternehmen in Afghanistan im Speziellen?

Es liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

3. Wie bewertet die Bundesregierung die gegenwertige Sicherheitslage für ausländische Unternehmen und deren Arbeitnehmer in Afghanistan?

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist hoch volatil. Infolge des Abzugs der internationalen Truppen aus Afghanistan sowie der Schließung der Deutschen Botschaft in Kabul am 15. August 2021 liegen der Bundesregierung aktuell keine verlässlichen eigenen Erkenntnisse über die Sicherheitslage für ausländische Unternehmen und deren Arbeitnehmer in Afghanistan vor.

4. Wie hat sich die Länderklassifizierung Afghanistans bezüglich der Erteilung von Hermesdeckungen seit dem Jahr 2000 entwickelt?

Wie hat sich das Volumen des Handels mit Afghanistan nach einer etwaigen Änderung der Länderklassifizierung verändert?

Afghanistan ist seit dem Jahr 2000 in die Länderkategorie 7 eingestuft (Kategorie 7 für Länder mit der höchsten Ausfallwahrscheinlichkeit).

Siehe die nachfolgende Tabelle:

Deutschland-Afghanistan:

Bilateraler Handel: Ein- und Ausfuhren sowie Handelsvolumen von 2001 bis 2020

| Afghanistan | Ausfuhr: Wert | Einfuhr: Wert | Handelsvol. |
|-------------|---------------|---------------|-------------|
| | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR |
| 2001 | | | |
| | 16185 | 8168 | 24353 |
| 2002 | | | |
| | 54344 | 5826 | 60170 |
| 2003 | | | |
| | 83834 | 4460 | 88294 |
| 2004 | | | |
| | 95029 | 3544 | 98573 |
| 2005 | | | |
| | 122058 | 3264 | 125322 |
| 2006 | | | |
| | 202612 | 3771 | 206383 |
| 2007 | | | |
| | 141514 | 5369 | 146883 |
| 2008 | | | |
| | 267499 | 2761 | 270260 |
| 2009 | | | |
| | 224903 | 4243 | 229146 |
| 2010 | | | |
| | 268620 | 23185 | 291805 |
| 2011 | | | |
| | 282502 | 10879 | 293381 |
| 2012 | | | |
| | 294075 | 14259 | 308334 |
| 2013 | | | |
| | 163019 | 13159 | 176178 |
| 2014 | | | |
| | 115146 | 22408 | 137554 |
| 2015 | | | |
| | 80512 | 8210 | 88722 |
| 2016 | | | |
| | 50122 | 11921 | 62043 |
| 2017 | | | |
| | 83486 | 9191 | 92677 |
| 2018 | | | |
| | 80621 | 11441 | 92062 |
| 2019 | | | |
| | 65281 | 18980 | 84261 |
| 2020 | | | |
| | 69652 | 14761 | 84413 |

5. Wie bewertet die Bundesregierung die Gefährdung der Erreichung der Ziele des Geneva Mutual Accountability Framework (GMAF) (https://una-ma.unmissions.org/sites/default/files/gmaf_final_26_nov_2018.pdf) durch den Abzug der internationalen Truppen und die gegenwertigen politischen und militärischen Unruhen in Afghanistan?

Die Ziele des Geneva Mutual Accountability Framework (GMAF) bezogen sich auf den Zeitraum von 2019 bis 2020. Auf der Genfer Afghanistan-Konferenz im November 2020 wurde der GMAF durch das zwischen der internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Regierung vereinbarte Afghanistan Partnership Framework (APF) abgelöst.

6. Wie bewertet die Bundesregierung die Gefährdung der Grundsätze des gemeinsamen Investitionsschutzabkommens mit Afghanistan aus dem Jahr 2007 (https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl207s0101.pdf#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl207s0101.pdf%27%5D__1626431267190), angesichts des zunehmenden territorialen Einflusses der Taliban?

Mit Investitionsschutzverträgen sichern Staaten ihren Investoren völkerrechtlichen Schutz vor bestimmten staatlichen Eingriffen im jeweiligen Gaststaat zu. Mit derartigen Verträgen soll ein einheitliches Verständnis über Investitionsschutz und seine praktische Umsetzung in den beteiligten Staaten sichergestellt werden, da die rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten zum Schutz von Investitionen in manchen Ländern hiesigen rechtsstaatlichen Vorstellungen nicht immer entsprechen. Ohne Investitionsschutzvertrag wäre der ausländische Investor gegebenenfalls auf unsichere Klagewege vor nationalen Gerichten im Gaststaat oder auf diplomatische Interventionen seiner Regierung gegenüber der ausländischen Regierung angewiesen, um seine Investition gegen willkürliches Verwaltungshandeln wie eine Enteignung ohne Entschädigung zu schützen.

Mit dem Vertrag vom 19. und 20. April 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Afghanistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wurde somit ein rechtlicher Rahmen mit Schutzstandards und Möglichkeiten zur Beilegung von diesbezüglichen Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten oder einem Investor eines Vertragsstaates mit dem anderen Vertragsstaat geschaffen. Eine Beeinträchtigung etwaiger deutscher Investitionen und eine Verletzung der durch das Abkommen gewährleisteten Schutzstandards unter der jetzigen Kontrolle der Taliban kann mangels konkreter Angaben zu deutschen Investoren vor Ort nicht abschließend geprüft werden.

7. Setzt sich die Bundesregierung für die Einhaltung der Ziele des GMAF und des Investitionsschutzabkommens ein?
 - a) Wenn ja, wie setzt sich die Bundesregierung ein?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 7 bis 7b werden gemeinsam beantwortet.

Mit Blick auf die genannten Ziele, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen und günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen, gewährt das Investitionsschutzabkommen einen Rechtsrahmen für Investitionen, auf dessen Basis deutsche Investoren auch Investitionsgarantien des Bundes beantragen können. Die Bundesregierung berücksichtigt bei Ent-

scheidungen über mögliche Anträge die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Afghanistan.

8. Wie hat die Bundesregierung Afghanistan im Zuge des Partnerschaftsabkommens von 2012 bei der wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt (<https://www.dw.com/de/afghanen-begr%C3%BC%C3%9Fen-partnerschaftsabkommen/a-15951330>)?

Die Bundesregierung hat die in Artikel 5 des Partnerschaftsabkommens benannten Prioritäten insbesondere über die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Im Rahmen des Schwerpunkts Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit wurden afghanische kleine und mittlere Unternehmen in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten unterstützt. Die von der Bundesregierung mitbegründete Afghan Credit Guarantee Foundation (ACGF) sichert zudem Kredite afghanischer Partnerbanken an kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ab. Im Rohstoffsektor unterstützte die Bundesregierung Afghanistan durch Politikberatung.

9. Wird die Bundesregierung an der Zusage der Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans weiter festhalten angesichts des zunehmenden territorialen Einflusses der Taliban?

Evaluert die Bundesregierung derzeit eine Anpassung der gegenüber der afghanischen Regierung zugesagten Unterstützung angesichts des zunehmenden territorialen Einflusses der Taliban?

Die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan ist aufgrund der aktuellen Entwicklung vor Ort derzeit ausgesetzt.

